

**Zeitschrift:** Freidenker [1956-2007]  
**Herausgeber:** Freidenker-Vereinigung der Schweiz  
**Band:** 84 (1999)  
**Heft:** 9

## Inhaltsverzeichnis

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 02.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Braucht die Schweiz eine Sektenpolitik?

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats hat den Bundesrat aufgefordert, eine Sektenpolitik zu formulieren, eine gesamtschweizerische und konfessionell unabhängige Informations- und Beratungsstelle einzurichten und mit Informationskampagnen über die vereinnahmenden Tendenzen solcher Gruppierungen aufzuklären. Der Staat soll also Aufgaben übernehmen, die bisher vor allem die Landeskirchen erfüllt haben: Er soll unterscheiden was eine "Kirche" und was eine "Sekte" ist, wobei gemäss GPK offenbar nur "Sekten" vereinnahmende Tendenzen aufweisen.

Der Begriff "Sekte" bedeutet aber immer eine Diffamierung von religiösen Bewegungen durch die herrschende Ideologie, in unserem Falle der staatlichen anerkannten Kirchen. Ein wirklich demokratischer Staat müsste seinen Bürgern Informations- und Beratungsstelle für etwelche vereinnahmenden Bewegungen einrichten, dazu gehören letztlich auch politische Parteien, medizinische Dienstleistungen etc. Wir kennen die Problematik der Abgrenzungen gerade auch aus letzterem Bereich, wo immer noch (kantonal unterschiedlich) sogenannte "Quacksalber" (diffamierender Ausdruck der etablierten Medizin für ein breites Spektrum von Naturheilverfahren) über Jahrhunderte ausgegrenzt und kriminalisiert wurden. Gleches geschah mit den Hebammen.

Es mutet mittelalterlich an, wenn der Staat hier zur Informationskampagne (Hexenjagd) gegen weniger genehme Ideologien blasen soll. Solange keine Trennung von Staat und Kirche besteht, macht er sich damit vor allem zum Anwalt der durch Mitgliederschwund arg geplagten Landeskirchen (über deren vereinnahmende Tendenzen insbesondere katholisch erzogene Menschen Einiges zu erzählen wissen).

In einer Zeit, wo allenthalben über eine regelrechte Informationsflut geklagt wird, dürfte auch eine weitere Informationsstelle wenig Nutzen bringen. Interessanter wäre ein Forschungsprojekt, das feststellt, ob dieser Trend zu religiösen Splittergruppen am Ende des 2. Jahrtausends tatsächlich ausgeprägt ist (oder ob dies nur durch die Informationsinflation so erscheint), welche religiöse Vorstellungen jene Men-

schen haben, die sich von den Landeskirchen abwenden, wie das offensichtliche Bedürfnis nach Religiösem weniger destruktiv befriedigt werden könnte, etc. Wenn der Staat sich aber für "Sekten" interessiert, macht er sich verdächtig, der Ideologie der staatlich anerkannten Landeskirchen den Rücken zu stärken. International ist Sektenpolitik derzeit im Kurs: Auch Nachbarstaaten und das europäische Parlament haben ihre Sektenpolitik formuliert und teilweise Kampagnen lanciert. In den letzten Wochen war ausserdem in allen Tageszeitungen vom ideologischen Machtkampf der chinesischen Regierung gegen die Falun Gong Bewegung zu lesen, eine 1992 entstandene und ausserordentlich schnell angewachsene Bewegung, die althergebrachtes Qigong (meditative Gymnastikübungen) mit taoistischen und buddhistischen Kernsätzen vermischt. Ihr "Meister" lebt seit 1995 im amerikanischen Exil, was es heute der chinesischen Regierung ermöglicht, die Bewegung als von aussen gesteuert, staatszersetzend etc. zu diffamieren und mit dem gesamten Arsenal des real zerstörenden Sozialismus auf die Bewegung einzudreschen. Dass hier Ohnmacht regiert, ist offensichtlich: Die abdankende Staatideologie hinterlässt in den totalitär erzogenen Menschen ein Vakuum, das Gesundheitswesen liegt darnieder... ein idealer Boden für neue Heilslehren und ihre Gurus!

Jede totalitäre Erziehung macht Menschen für andere totalitären Einflüsse empfänglich. Wenn BürgerInnen sich der Verantwortung für ihr eigenes Leben (mit Hinweis auf ein nächstes oder jenseitiges) oder das der Gemeinschaft entziehen (mit Hinweis auf das Schicksal oder einen Guru), dann ist die Grundlage der demokratischen Gesellschaft in Gefahr und Handeln dringend nötig – aber wohl kaum in Form einer Sektenpolitik sondern z.B. in der Bildungspolitik!

Reta Caspar

### SEPTEMBER - THEMEN

- Braucht die Schweiz eine Sektenpolitik? 1
- Gora, Gründer des Atheist Center 2-3
- Nachruf auf die Finsternis 4
- Schweizer Freidenkertreffen 1999 7